

BERICHT ZUR LAGE DER WIRTSCHAFT

9/2024

Die wirtschaftliche Lage im Vorfeld der Bundestagswahlen 2025

Exklusiver Bericht für ACATIS Investment: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Die Hiobsbotschaften mehren sich. Meyer-Werft, Thyssen-Krupp, BASF, VW, mehrere Autozulieferer, darunter ZF, bestimmen aktuell die Schlagzeilen aufgrund ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Nöte. Mittelständische Traditionsunternehmen investieren lieber im Ausland. So findet eine nennenswerte Erweiterungsinvestition des Waiblinger Unternehmens Stihl in der Schweiz statt, Miele verlagert Teile der Produktion von Gütersloh nach Polen, Trumpf führt Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechenden Gehaltskürzungen am Stammsitz in Ditzingen durch, tätigt aber eine hohe Investition in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe in Österreich. Es sieht so aus, als ob die Deindustrialisierung in Deutschland Fahrt aufnähme.

Konjunkturell zeichnet sich weiterhin kein Aufschwung ab. Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – IfW Kiel, ifo München, RWI Essen und DIW Berlin – haben jüngst ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in diesem und im kommenden Jahr nach unten korrigiert. Die deutsche Wirtschaft stagniert im zweiten Halbjahr 2024 weiter; Dynamik versprechen sich die Prognostiker für das kommende Jahr von einem Aufschwung des privaten Konsums – der schon dieses Jahr solche Erwartungen enttäuscht hat. Trotz aller Beruhigung an der Preisfront gibt es hinreichend viele mahnende Stimmen, welche die Inflation noch nicht besiegt sehen. Die EZB erwartet für den Jahresdurchschnitt 2024 wie für 2025 Inflationsraten über 2 Prozent. Erst gegen Ende kommenden Jahres könne man zuversichtlicher sein, die Inflation im Griff zu haben. Der Arbeitsmarkt, lange konjunktureller Lichtblick, zeigt mehr und mehr Spuren der schwachen Wirtschaftsentwicklung. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit steigt, Beschäftigungszuwächse leistet nur noch der öffentliche Sektor.

Internationale Beobachter fragen verstärkt, was mit Deutschland los sei. Als Antwort reicht es nicht, auf Sonderfaktoren hinzuweisen – die Wirkungen der Energiekrise auf die Industrie, die relative wirtschaftliche Schwäche Chinas, die Auswirkungen der Zinserhöhungen auf die Bauwirtschaft. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im dritten Jahr der Stagflation. Aber wichtiger noch: Die konjunkturelle Situation wird zunehmend durch strukturelle Probleme überlagert. Die deutsche Wirtschaft sieht sich einem toxischen Gemisch hoher Kosten gegenüber. Die Arbeits- und Energiekosten, die Steuerbelastung und die Regulierungskosten liegen im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Und es ist keine Besserung in Sicht.

Wenn Sie diese Befunde so oder so ähnlich hier schon einmal gelesen haben: Dies ist kein Ausdruck von Einfalllosigkeit. Denn: Geändert hat sich an diesem Befund bisher so gut wie nichts. Lediglich die Inflationsdynamik

ist abgeflacht und erste Zinssenkungsschritte lassen sich beobachten.

Eine Vielzahl von Indikatoren weisen zudem auf erhebliche wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland hin. Den Deutschen wird international gerne ihre skeptische Grundhaltung als Ausdruck einer „German Angst“ vorgehalten. Die aktuelle wirtschaftspolitische Verunsicherung ist aber so viel stärker als im Rest der Welt ausgeprägt, dass andere Gründe dafür verantwortlich sein müssen. Vordergründig hat dies mit der Politik der Bundesregierung zu tun, den wiederholten Uneinigkeiten und Streitereien. Im Kern steckt dahinter aber ein größeres Problem, nämlich die fundamentale Unvereinbarkeit zweier wirtschaftspolitischer Paradigmen, die nicht nur im Dissens innerhalb der Bundesregierung, sondern in den politischen Vorstellungen der Bevölkerung zum Ausdruck kommen.

Das erste Paradigma setzt auf Ordnungsrecht, Subventionen und Industriepolitik oder kurz: auf Investitionslenkung, um mit den großen Herausforderungen unserer Zeit, wie dem Klimaschutz oder den neuen geostrategischen Fakten umzugehen. Das zweite Paradigma setzt auf marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Anreize, auf das Preissystem, um Lösungen für diese Herausforderungen aus dem Markt und seinen wissensgenerierenden preislichen Mechanismen heraus zu entwickeln. Beide Paradigmen lassen sich pragmatisch auf ihre Schnittmengen kompromissartig austarieren, in Kongruenz kann man sie nicht bringen. Dies klingt nach Durchwurschteln und ist es auch. Noch schlimmer: Gemäß den gegenwärtigen Umfragen für die Bundestagswahl 2025 ändert sich daran in der nächsten Legislaturperiode wohl kaum etwas.

Was ist die Lösung? Soziale Marktwirtschaft und Ordnungspolitik. Der Staat soll die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens setzen, aber nicht ins Marktgeschehen eingreifen, also etwa über die CO₂-Bepreisung Anreize für CO₂-Einsparungen und für klimaschonende Innovationen setzen, statt durch Verbrennerverbot oder Subventionen für Elektromobilität und energieintensive Wirtschaft Investitionslenkungen zu betreiben. Wenn eine Rückkehr zu dieser Form der Sozialen Marktwirtschaft nicht gelingt, geht der wirtschaftliche Abstieg weiter, jedenfalls im kommenden Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld